

Baden: Andreas Glarner bestreitet, seine Interview-Zitate über Drogen und Sex an der Kanti nachträglich verschärft zu haben.

Solothurn: Regierung findet längere Öffnungszeiten für Tankstellen sinnvoll.

Basel: Der Ziegelwerfer hält in Basel seit über 24 Stunden Polizei und Rettungskräfte in Atem.

Zürich: Amurtiger-Weibchen Elena hat am Sonntag vier Junge zur Welt gebracht.

Schweiz: Wegen eines Brandes musste der Eurocity bei Airolo evakuiert werden.

Medien: SVP-Nationalrätin Natalie Rickli kämpft mit 143 000 Unterschriften gegen die SRG.

Sport: Murat Yakin wird in der nächsten Saison nicht unerwartet Trainer beim FC Luzern.

VIDEO DES TAGES



Nun soll ein Mönch zwischen dem Ziegelwerfer von Basel und der Polizei vermitteln.

Presseschau

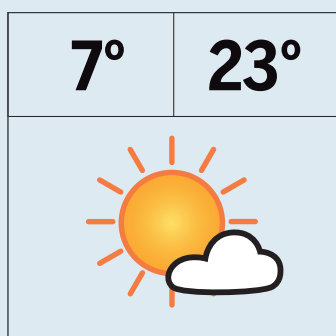
Tagesanzeiger

Fall Strauss-Kahn I Das Psychogramm dieses Männertyps mag bei aller Klischeertheit einiges erklären: Die Jahre des Aufstiegs, die Schuferei für die Karriere haben ihn seiner Familie und Frau entfremdet. Seine Existenz ist quasi hors-sol, er ist überall und nirgends, verliert die soziale Erdung. Die Einsamkeit mit der einen oder anderen Liebschaft abzudämpfen, ist schwierig, im Grunde genommen kommen nur Sekretärinnen und Untergebene infrage, die eigentlich tabu sind. Rein sexuelle Kontakte verschafft er sich auch nicht leicht, denn er ist zum einen grässlich verplant. Und zum anderen steht er mehr oder minder unter Beobachtung.

Neue Zürcher Zeitung

Fall Strauss-Kahn II Die Besinnung auf fundamentale Werte und die Erkenntnis, dass politische Macht bloss eine Leihgabe ist, könnten nicht schaden. Hier hat Frankreich so oder anders noch viel Reformarbeit vor sich. Die Kaste der Politiker gilt als abgehoben und wähnt sich oft über dem Gesetz. Ein Strauss-Kahn im Elyséepalast hätte da ein falsches Zeichen gesetzt.

Das Wetter heute



Karikatur zum tiefen Fall von IWF-Chef Dominique Strauss-Kahn



Gastbeitrag zur Debatte um die EU-Personenfreizügigkeit und um Schengen

Gegen unbegrenzte Einwanderung

■ **VOR ÜBER 10** Jahren gründete ich ein Jugendkomitee gegen die EU-Personenfreizügigkeit. Wir wurden damals als Isolationisten und EU-Kritiker belächelt. Es gebe ja lange Übergangsfristen und Schutzmassnahmen. Inzwischen sind die Übergangsfristen abgelaufen. Zu Beginn dieses Monats auch für ganz Osteuropa mit Ausnahme von Rumänien und Bulgarien. Die Schutzmassnahmen erwiesen sich als wirkungslos. Kritische Stimmen werden lauter: FDP-Bundesrat Schneider-Ammann denkt laut über Neuverhandlungen mit der EU nach, SP-Politiker Rudolf Strahm kritisiert das EU-Abkommen, Umweltschützer setzen sich gegen das enorme Bevölkerungswachstum ein.

PERSONENFREIZÜGIGKEIT heisst ungebremszte Zuwanderung. Es besteht ein Rechtsanspruch auf Einwanderung in die Schweiz. Damit erfolgt auch die vollumfängliche Gleichstellung mit allen Schweizern auf dem Arbeitsmarkt und bezüglich der Ansprüche an unsere Sozialwerke. Die Schweiz kann nicht mehr kontrollieren, wie viele Leute kommen, gleichgültig, woher sie kommen, welche Religion sie haben, welche Arbeitsmentalität sie aufweisen. Grenzgänger benötigen keine Aufenthaltserlaubnis mehr. Wer Dienstleistungen als Selbstständiger anbietet, benötigt keine Arbeitsbewilligung. Gewerbebetriebe berichten immer wieder von Missbräuchen durch so genannte «Ich-AGs».

DIE FOLGEN SIND drastisch: Die Wohnbevölkerung weist die stärkste Zunahme in der Geschichte der Schweiz auf. In den letzten Jahren sind in der Schweiz rund 500 000 Personen mehr ein- als ausgewandert, über 68 000 alleine 2010. Das Bundesamt für Statistik rechnet bis 2035 mit rund 10 Millionen Einwohnern als direkte Folge der unkontrollierten Zuwanderung. Wenn politisch nicht gehandelt wird, sind die Zahlen des Bundesamtes zu tief geschätzt. Klar ist, dass dies unser Land verändern wird. Die Auswirkungen



Lukas Reimann

Der Autor, 29, im Fricktal aufgewachsen, wohnt in Wil SG. 2007 wurde er für die SVP in den Nationalrat gewählt.

auf Arbeitsmarkt und Löhne, auf Kriminalität, auf Infrastrukturen, Mieten, Bodenpreise, Raumplanung, Schulen, Gesundheitswesen und Sozialwerke sind enorm. Dabei zählt die Schweiz heute schon einen der weltweit höchsten Ausländeranteile. Unser Bevölkerungswachstum ist für Europa einmalig.

ES GIBT ALTERNATIVEN: Neuseeland, Australien oder Kanada steuern ihre Zuwanderung seit Jahren über ein modernes Punktesystem. Auch europäische Staaten diskutieren deren Einführung. Für die Bewilligung wird das Erreichen einer Mindestpunktzahl vorausgesetzt. Entscheidend sollen Kriterien sein wie: Bedarf, Sprachkenntnisse, schulische und berufliche Qualifikationen, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, noch zu erwartende Erwerbstätigkeit, Arbeitsplatz (fixe Beschäftigung im Inland), Sicherung des Lebensunterhalts, Gesetzestreue, Beziehungen zur Schweiz, Herkunftsland, Integrationswille und -voraussetzungen.

EINWANDERUNG KANN wieder gesteuert und gezielt den aktuellen Bedürfnissen der Schweiz angepasst werden. So wird unterschieden zwi-

schen jenen Ausländern, die sich integrieren, die Sprache beherrschen, Arbeit haben, Steuern zahlen und dem Land einen Mehrwert bieten, und jenen, die das Sozialsystem missbrauchen, Arbeit verweigern, kriminell werden und sich nicht integrieren. Der Leistungsgedanke wird gestärkt. Integration soll sich positiv auswirken. Die Erfahrungen im Ausland sind gut. Für die Wirtschaft notwendige Fachkräfte bei Personalmangel im Inland können flexibel gewonnen werden. Wer hingegen das Sozialsystem ausnutzt oder die Integration verweigert, erreicht die notwendige Mindestpunktzahl nicht und scheidet vorgängig aus. Nach Bedarfsanalysen und Qualifikationsprofilen kann die Einwanderung in transparenten und fairen Verfahren klar geregelt werden. Das jetzige System bewährt sich nicht. Die Quoten der Einwanderung in das soziale Netz sind hoch, die Integrationsanforderungen sind zu tief.

EIN WEITERES ABKOMMEN bereitet in diesem Zusammenhang Kopfzerbrechen: Schengen. Der Verzicht auf systematische Grenzkontrollen erweist sich in schwierigen Zeiten als grosses Sicherheitsrisiko. Die sichere Abschirmung der EU-Aussengrenzen ist eine Illusion. Deshalb verstärken nun auch EU-Staaten wie Dänemark oder Frankreich ihre Grenzkontrollen wieder, um eine Einwanderungswelle aus Nordafrika zu verhindern und Kriminelle wie zum Beispiel Einbruchsbanden schon bei der Einwanderung zu schnappen. Auch die Schweiz muss diesen Schritt wagen. Mehr Kontrollen braucht es an der Grenze und bei der Einwanderung.

Die az-Gastautoren

Pirmin Bischof, CVP-Nationalrat (SO)
Christine Egerszegi, FDP-Ständerätin (AG)
Katja Gentinetta, Autorin und Moderatorin
Maya Graf, GPS-Nationalrätin (BL)
Lukas Reimann, SVP-Nationalrat (SG)
Iwan Rickenbacher, Politberater (CVP)
Peter Rothenbühler, Direktionsmitglied, Edipresse
Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher
Cédric Wermuth, Vizepräsident SP Schweiz (AG)

Kommentar

von Karen Schärer



Zur Debatte rund um Kind und (Polit-)Karriere

Schranken in den Köpfen

■ Die SVP-Frauen nutzten die Gunst der Stunde, um sich und ihr konservatives Familienbild in Erinnerung zu rufen: Dass Pascale Bruderer trotz ihrer Schwangerschaft an ihrer Kandidatur für den Ständerat festhält, sei egoistisch. Das Kind müsse Priorität haben, liessen sie verlauten. Auch in den Leserbriefspalten dominierten zunächst die kritischen Stimmen: So bezeichnet eine Frau Pascale Bruderer als «Möchtegern-Emanze» und ein Mann befürchtet, sie werde sich als Mutter kaum auf die anspruchsvollen Dossiers im Ständerat konzentrieren können. Dabei steht längst ausser Frage: Frauen bringen auch als Mutter am Arbeitsplatz weiterhin ihre Leistung.

Die Gegenseite hingegen überhöht Bruderers Entscheid, auch als Mutter Politikkarriere zu machen: Alt Nationalrätin Judith Stamm bezeichnet Pascale Bruderer gar als «neue Pionierin». Das ist übertrieben: Schliesslich bringen auch andere Frauen Kind und Karriere unter einen Hut – einfach abseits des medialen Scheinwerfers, der auf die Akteure im Bundeshaus gerichtet ist.

Die Debatte rund um die Kandidatur der schwangeren Pascale Bruderer ist deshalb völlig unzeitgemäss. Seit Jahren werden Schranken abgebaut und Strukturen geschaffen, sodass es Müttern und Vätern möglich ist, ihr Familienmodell nach eigenem Gutdünken zu leben. Doch die Schranken in den Köpfen – die sind offenbar noch bei vielen da.

karen.schaerer@azmedien.ch